Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsern Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 1 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 2 Mk. bez. 2 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. Bei Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 50 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite 100 und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

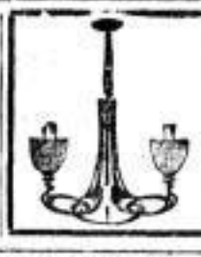
Fernsprecher: Nr. 11 und 2016.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Altmarkt No. 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Das schönste Weihnachts-Geschenk ist ein
Pianino, Flügel oder Harmonium
aus der Niederlage der Pianoforte-Fabrik **H. Ullrich**
Am Pirnaischen Platz (Eingang Pirnaische Strasse 1).

Aug. Reinhardt
9 Seestrasse 9.
Bewährte Präzisions- und kurante Uhren.
Spezialität: Eigenes Fabrikat.
Lager feinster Uhrketten und Ringe.



Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Hofphotograph Hahn Nachf., Ferdinandstrasse No. 11, zwischen Ferdinandplatz und Bürgerwiese. Gegründet 1851. Mehrfach prämiiert. Dutzend Visit M. 6, grössere Formate entsprechend. Spezialität: Lebensgrosse Porträts in Pastell etc. — Gruppen- und Kinderaufnahmen in besonders geeigneten Ateliers.

Nr. 352. Spiegel: Ober- u. Unterhaus, Amerika und Japan. Verjährungsfristen. Lehrerverein. Kupfermünzprägung. Handelsagenten. Wahlvorbereitung. Polu Schulstreik. | Wahrsch. Witterung: Heiteres Frostwetter. | **Sonnabend, 22. Dezember 1906.**

Hie Oberhaus! Hie Unterhaus!

hallt jetzt in England das Kampfgeschrei. Die Propheten, die voraussagen zu dürfen glaubten, daß der Widerstand des Oberhauses wie Butter an der Sonne geschmelzen werde, sobald das Unterhaus fest bliebe, sind einer Täuschung zum Opfer gefallen. Die Lords haben nicht Leine gezogen, sondern auf das summarische Verfahren der „Gemeinen", die sämtliche im konfessionellen Sinne gehaltenen Abänderungen der Schulvorlage durch das Oberhaus einfach en bloc verworfen hatten, mit einer nicht minder scharfen Stellungnahme geantwortet, indem sie alles beim alten ließen und jedes Entgegenkommen gegen den Standpunkt des Unterhauses rundweg verweigerten. Die „Gemeinen" zogen nunmehr noch strengere Saiten auf und gaben ihrer Entgegnung auf das Votum des Oberhauses die denkbar schroffste Form, indem sie die Beratung der Mitteilung des Oberhauses, wonach bloses an seinen Abänderungen der Schulvorlage festhält, überhaupt ablehnten.

Die liberale Regierung wird jetzt in ihrem Streite gegen das Oberhaus eine ernste Feuerprobe zu bestehen haben, deren Ausgang unter allen Umständen für die Autorität des liberalen Regiments von Bedeutung sein wird, entweder im guten oder im schlechten Sinne, je nachdem das Kabinett des Herrn Campbell-Bannerman sich stark genug fühlt, um eine entscheidende Aktion gegen das Oberhaus zu unternehmen, oder aus Schwäche in der Erkenntnis einer nicht hinreichend gestärkten Position „mutig einen Schritt zurückweicht". Nach der Erklärung des Premiers scheinen zunächst noch einmal alle verfassungsmäßigen Mittel versucht werden zu sollen, um den Starrsinn des Oberhauses zu beugen. Es wäre also möglich, daß die Regierung die Schulvorlage in unveränderter Form dem Parlamente noch einmal vorlegte und daß die Lords sich zu einigen Zugeständnissen herbeiließen, mit denen das Unterhaus sein Einverständnis zu erkennen gäbe und im übrigen fünf gerade sein ließe. Nachdem aber die „Gemeinen" sich erst so kräftig in die Brust geworfen und unerbittlich auf ihrem Schein bestanden haben, könnte es nur einen ziemlich kläglichen Eindruck machen, wenn sie jetzt, wo ihnen die Lords die Pistole auf die Brust setzen, klein beigeben und ein Schulgesetz mit einem mehr oder weniger konfessionellen Charakter nachträglich über sich ergehen lassen wollten. Das Oberhaus und das in ihm verkörperte aristokratische Prinzip würde dadurch entschiedenes Oberwasser bekommen und der Kredit des Liberalismus müßte unvermeidlich einen Stoß erhalten, der die Errungenschaften der letzten Wahlen bedenklich ins Wanken brächte. Als weiteres konstitutionelles Mittel käme ein Appell an die Wähler in Betracht. Wenn der Liberalismus Englands Mark in den Knochen hat, so wird er sich wohl oder übel zu der Maßnahme der Auflösung des Parlaments und der Vornahme von Neuwahlen entschließen müssen, weil er nur durch ein zielbewußtes Vorgehen die auf des Messers Schneide gestellte Lage für sich zu retten vermag. Ganz reinlich und zweifelsohne ist freilich die Situation für den Liberalismus nicht; sie hat vielmehr unverkennbar etwas, wenn nicht direkt Kritisches, so doch einigermaßen Unsicheres an sich insofern, als die gemäßigten liberalen Elemente über die allzu große Nachgiebigkeit der Regierung gegen den Sozialismus der Arbeiterpartei verstimmt sind und überdies in der Frage der Volksschulvorlage nicht unbedingt dem weitgehenden antikonfessionellen Radikalismus des Entwurfs huldigen. Wie weit diese Meinungsverschiedenheiten im liberalen Lager gehen, wie groß ihre Tragweite ist, ob sie das feste Gefüge der Regierungspartei ernstlich bedrohen oder nicht, darauf wird das Verhalten des Kabinetts im Schulkonflikt sichere Schlüsse zulassen. Riskiert die Regierung einen großen Wurf und schreibt Neuwahlen aus, so darf man schon aus dieser Tatsache allein folgern, daß sie sich als Herrin der Situation fühlt. Fallen dann vollends die Wahlen abermals in entscheidender Weise zu ihren gunsten aus, so dürfte das Oberhaus, wenn es nicht seine Existenz auf das Spiel setzen will, kaum Neigung verspüren, durch eine hartnäckige Versteifung auf seinen abweichenden Standpunkt in der Schulvorlage das über seinem Haupte hängende Damoklesschwert loszulösen. Den Lords bliebe dann im Interesse ihrer politischen Selbsterhaltung nichts weiter übrig, als sich doch noch auf das Prokrustesbett der unveränderten Schulvorlage strecken zu lassen, und die liberale Regierung hätte glänzend gesiegt. Sollte aber in einem solchen Falle das Oberhaus auch noch nicht nachgeben wollen, so wäre sein Schicksal aller Voraussicht nach besiegelt; denn dann hätte die liberale Regierung keinen Grund mehr, mit der von den hervorragendsten liberalen Parteiführern befürworteten Abschaffung des Oberhauses länger zu zögern, falls sie es nicht vorzöge, einen Mittelweg einzuschlagen und den Vorschlag eines Referendums nach schweizerischer Art, d. h. also die direkte Befragung des Volkes im Falle eines Konfliktes zwischen Oberhaus und Unterhaus, verfassungsmäßig zu verwirklichen. Wie auch der Ausgang des Kampfes sein mag, er wird in jedem Falle für die innerpolitischen Verhältnisse Englands hervorragende Bedeutung besitzen, weil er einen weiteren bemerkenswerten Schritt auf der Bahn darstellt, an deren Ende der Obsieg des demokratischen über das aristokratische Prinzip oder umgekehrt in Großbritannien zur Entscheidung steht.

Zu Kreuze kriechen gegenüber den Japanern

die stolzen Yankees, die sich in der Bekundung ihrer Geringschätzung des „old rotten Europe", des „alten, verrotteten Europa", nicht genug tun können. Der kalifornische Bundesstaat der Union hat, wie erinnerlich sein wird, in der für Amerika immer bedrohlicher sich gestaltenden Frage der japanischen Einwanderung kurzen Prozeß gemacht, indem er die Japaner einfach als Angehörige der in den Vereinigten Staaten tief verhaßten gelben Rasse mit den Chinesen über einen Kamm schor und ihren Kindern den Besuch der für Weiße eingerichteten Schulen verbot. Es ist in der politischen Welt allgemein aufgefallen, daß Präsident Roosevelt in offenkundigem Gegensatze zu der öffentlichen Meinung Amerikas mit einer dem Auslande gegenüber sonst nicht an ihm gewohnten Beflissenheit den Japanern in allen Punkten recht gegeben und dieser Auffassung nicht bloß ostentativ in seiner jüngsten großen Botschaft an den Kongreß Ausdruck verliehen, sondern sie noch neuerdings wieder in einer Sonderbotschaft über die japanische Streitfrage präzisiert hat. Roosevelt macht sich darin ganz den Standpunkt des nach San Francisco zur Untersuchung der Angelegenheit entsandten Spezialkommissars Handelssekretärs Metcalf zu eigen, daß es Pflicht der Bundesregierung sei, den Japanern Schutz zu gewähren, wenn die einzelstaatlichen Machtmittel dazu nicht ausreichten. Also von Bundes wegen soll für die japanischen Schüler gegebenen Falls der Zugang zu den ihnen von den Einzelstaaten verweigerten Schulen für die weiße Bevölkerung erzwungen werden! Gewiß eine tiefe Demütigung für den amerikanischen Nationalstolz, deren zwingende Ursache aber nur zu klar liegt, wenn man einen vergleichenden Blick auf die beiderseitigen Seestreitkräfte wirft. Im ganzen vermag Amerika den 41 mächtigen Panzern Japans nur 9 Schiffe im Stillen Ozean gegenüberzustellen, während seine 5 Torpedoboote es mit einer Flottille von 69 auf japanischer Seite zu tun bekämen. Viel bemerkt wird eine von einem Amerikaner selbst herrührende Veröffentlichung, worin der Verfasser des Näheren ausführt, daß Japan, falls es Amerika zur Zeit den Krieg erklären sollte, in sechs Tagen Manila überwältigen, das amerikanische Geschwader vernichten und 40 000 Mann auf die Philippinen werfen könnte. Ja, der Verfasser geht noch weiter und verficht die These: „Falls jetzt ein Krieg zwischen Japan und Amerika entbrennen würde, wäre Japan innerhalb eines Monats der absolute Beherrscher des Stillen Ozeans und die amerikanische Westküste wahrscheinlich von den Gegnern besetzt." Gewiß ist die nationale Widerstandsfähigkeit der Vereinigten Staaten nicht zu unterschätzen und ob Japan am Ende Sieger bleiben würde, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Daß es aber im gegenwärtigen Augenblicke mit der amerikanischen Rüstung gegenüber Japan sehr stark hapert, beweist das Zurückweichen des sonst so forschen Roosevelt vor den „kleinen gelben Affen" mit einer für die Amerikaner sehr unangenehmen Deutlichkeit. Für uns Deutsche ergibt sich daraus die Lehre, daß wir uns mit Nachdruck jedes parteipolitische Regiment vom Halse schütteln, das, wie es Zentrum und Sozialdemokratie mit Vorliebe tun, an unserer Wehrkraft zu rütteln wagt und uns verhindern will, zu Wasser und zu Lande so stark zu sein, daß wir jeder Zukunftsmöglichkeit mit voller Ruhe ins Auge blicken können.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. Dezember.

Wahlbewegung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Wir betrachten es als unsere Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Wahlkampf zunächst von Parteien, die am 13. Dezember gemeinsam für die Kolonialforderungen gestimmt haben, unter strenger Vermeidung aller Gehässigkeit geführt werden muß. Durch illoyale Kampfweise würde zwischen diesen Parteien eine Verbitterung hervorgerufen werden, die sich unter Umständen bei den Stichwahlen schwer rächen könnte. Zu den gehässigen Kampfmitteln gehörten auch die Saalverweigerungen. Es sei selbstverständlich, daß derartige Ungehörigkeiten bei den sich strenger Neutralität verpflichteten amtlichen Stellen in keiner Weise auf Billigung zu rechnen haben würden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Als vorläufige Wahlparole für das Zentrum gibt das führende rheinische Organ dieser Partei zunächst die Weisung aus, daß keinem sozialdemokratischen Kandidaten eine Zentrumsstimme gegeben werden dürfe, da nach wie vor den Ereignissen vom 13. d. M. diese beiden Parteien sich in schärfster und unausgleichbarer Gegensätzlichkeit gegenüberständen, begründet in der diametral entgegengesetzten Weltanschauung, namentlich in allen die Religion betreffenden Fragen. Dieselbe Parole mit derselben Klarheit und Bestimmtheit müsse aber von der Zentrumspartei ausgegeben und beobachtet werden gegenüber der nationalliberalen Partei. Bei früherer Wahlen, insbesondere bei denen des Jahres 1903, sei das nicht geschehen und brauchte es nicht zu geschehen. Nach der nationalliberalen Seite hin sei aber die Situation durch die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit entschieden verändert. Diese Partei habe auf eine Reichstags-Auflösung gegen das Zentrum am leidenschaftlichsten gedrängt, um sich mit Hilfe des bei den Neuwahlen zu bildenden Blocks an die Stelle des Zentrums zu setzen. Deswegen könne bei dem bevorstehenden Wahlkampfe die Parole der Zentrumspartei nur lauten: „Keine Stimme einem nationalliberalen Kandidaten!" Werde diese Parole von den Nationalliberalen auch gegen das Zentrum ausgegeben, so werde dessen Besitzstand dadurch nicht gefährdet. Ebenso solle gegenüber Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung verfahren werden, während der Freisinnigen Volkspartei und den Konservativen gegenüber je nach der Persönlichkeit des Kandidaten entschieden werden müsse."

Frankfurt a. d. O. (Priv.-Tel.) Wie die „Frankf. Oder-Ztg." meldet, lehnte es Rechtsanwalt Wassermann nach Aufstellung des freikonservativen Kandidaten ab, wieder zu kandidieren. Die beiden liberalen Parteien leiteten sofort Verhandlungen zur Aufstellung einer anderen nationalliberalen Kandidatur ein.

Lage in Frankreich.

Rom. (Priv.-Tel.) Der „Tribuna" zufolge wird der Papst auch das neue französische Kirchengesetz verwerfen und den Widerstand so lange fortsetzen, bis die französische Kammer ein Minimum gefunden haben wird, das „geduldet" werden kann, ein Minimum, das auch die Rechte der Hierarchie wahrt.

Rom. Der päpstliche Stuhl übermittelte heute den Mächten eine Note, in der er gegen die Verletzung der Archive der ehemaligen Nunziatur in Paris Einspruch erhebt.

Rom. Der Kardinalstaatssekretär übersandte allen diplomatischen Vertretern mit dem Auftrage, sie den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, mitzuteilen, eine Protestnote gegen die von der französischen Regierung im Palais des Vertreters des Papstes vorgenommene Haussuchung, gegen die Fortschaffung verschiedener Schriftstücke und die gewaltsame Ausweisung des Monsignore Montagnini. Die Protestnote betont die Ungeheuerlichkeit eines solchen Vorgehens, was bisher bei den zivilisierten Nationen beispiellos dasteche; denn selbst, wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten aufhören, so respektiere man doch nach wie vor den Wohnsitz und das Archiv der fremden Vertreter. Die Regierung schaffte Kataloge und Akten aus der Nuntiatur aus den Zeiten Claris und Lorenzellis fort und einen Schlüssel für Telegramme, die zwischen Lorenzelli und dem Papste ausgetauscht wurden. Diese Sequestrierung ist eine schwere Beleidigung nicht nur für den Heiligen Stuhl, sondern auch für alle zivilisierten Mächte, die ein höchstes Interesse daran haben, die diplomatischen Geheimnisse respektiert zu sehen. Der Heilige Stuhl protestiert in gleicher Weise gegen die von der französischen Regierung vorgenommene Verletzung eines unbestreitbaren Rechtes des Kirchenfürsten, anhaftend seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Kirche, nämlich des Rechtes, direkt durch Vermittlung bestimmter Personen in Briefwechsel zu treten mit den Katholiken der ganzen Welt, mit Bischöfen oder einfachen Gläubigen über alles das, was auf das geistige Wohl der Katholiken selbst Bezug hat. Am Schlusse der Protestnote heißt es: Wenn die französische Regierung von billigeren Empfindungen erfüllt wäre und der Kirche in Frankreich eine Lage schaffte, die zum mindesten nicht ihre wesentlichsten Rechte antastet, so könnte der Heilige Stuhl, ohne den Grundsatz der Trennung im Prinzip anzuerkennen, doch eine solche Lage dulden, um schwere Uebelstände zu vermeiden, wie er es in anderen Ländern getan hat.

Zur Lage in Rußland.

Moskau. Studenten der hiesigen Universität wollten eine Versammlung abhalten, um über die Veranstaltung eines dreitägigen Ausstandes zur Erinnerung an die Ereignisse im Dezember vorigen Jahres zu beraten. Die Universität wurde aber vorher von Polizei umstellt und die Versammlung verboten. Die Studenten gingen ruhig auseinander.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstags-Abgeordnete Roeren hat wegen des offenen Briefes des früheren Bezirksleiters Geo A. Schmidt Strafantrag gestellt.

Berlin. Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht das Ergebnis der Wahlen der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes und ihrer Stellvertreter für die Wahlperiode vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1911. Im Bereiche der gewerblichen Unfallversicherung sind als Stellvertreter u. a. gewählt: Baumeister und Ratsmaurermeister Schletter in Dresden, Direktor Hille von der Großen Leipziger Straßenbahn, Kommerzienrat Ehret in Glauchau, der Direktor der Dresdner Automobil-Aktiengesellschaft Mähler und der Schiffsherr Krägis in Meißen. Ebenfalls im Bereiche der gewerblichen Unfallversicherung wurden von den Schiedsgerichtsbeisitzern gewählt: Als nichtständiges Mitglied Ofensetzer Fräßdorf in Dresden und als Stellvertreter Former Richter in Chemnitz, Weber Lucke in Neugersdorf, Lagerist Jacob in Gersdorf, Weber Pinther in Crimmitschau, Bergmann Schneider in Oberhohndorf bei Zwickau, Schlosser Bendin in Leipzig-Reudnitz, Schlosser Holz in Dresden, Bautischler Sickfeld in Chemnitz und Schriftsetzer Nagler in Chemnitz. Im Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wurden als Stellvertreter u. a. gewählt: Gartenarbeiter Jarten in Laubegast und Waldarbeiter Meißner in Klotzsche.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gestern nachmittag ging der Leutnant v. P. vom 2. Garde-Regiment die Straße Unter den Linden entlang, hatte sich dann in die Kanonierstraße begeben und die Behrenstraße aufgesucht. Dort mußte er die unangenehme Wahrnehmung machen, daß seine Geldtasche, in der sich 5680 Mk. befanden, verschwunden war. Das Geld bestand aus drei

Rudolph Sealis & Co., Prager Strasse 30 und 25
Bronzen, Gr. Möbel, Service, Tassen, Stickereien, Lackarbeiten, Teebretter, Perlvorhänge, Ziermöbel.